

Teil III: Vom Ende und Anfang: Eine neue Weltordnung

Zeiten des Umbruchs

Wir leben in Zeiten des Umbruchs. Das glaubten zwar schon viele Generationen vor uns, dennoch, die Zeichen sind nicht zu übersehen: Der globale Klimawandel ist in vollem Gang - mit zum Teil schon dramatischen Auswirkungen für das Leben auf dem Planeten. Wie Menschen und Gesellschaften bzw. Wirtschaftssysteme künftig mit Natur und natürlichen Ressourcen umgehen, dürfte zur Überlebensfrage für die Menschheit bzw. die menschliche Zivilisation werden.

Die neuen Technologien und insbesondere die erstaunlichen Leistungen der Künstlichen Intelligenz (KI) verändern im rasanten Tempo die Wirtschaft und Arbeitswelt, die öffentliche und private Kommunikation, Medizin, Bildung und Kultur; sie verwischen in nie dagewesener Weise die Grenze zwischen Wahrheit und Fiktion. Eine neue, partiell überlegene Intelligenz tritt an die Seite des Homo sapiens, mit derzeit noch nicht absehbaren Folgen. ¹

Das Wachstum der Weltbevölkerung², wengleich sich langsam abschwächend, führt dazu, dass bald (in ca. 25 Jahren) zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben (um 1800 waren es erst eine Milliarde), vor allem in den Ländern des Globalen Südens. Die Sicherung der Existenzgrundlagen, von Ressourcen und Rohstoffen für Ernährung, Wasser- und Energiegewinnung, Gesundheitsversorgung und technologische Entwicklung ist zur großen Herausforderung geworden und eine zentrale strategische Leitlinie politischen Handelns.

Neue Auseinandersetzungen und Rivalitäten bestimmen den politischen Raum. Es finden politische, wirtschaftliche und ideologische Einfluss- und Machtverschiebungen statt. China, Indien und andere bevölkerungsstarke Staaten des Globalen Südens gewinnen an Bedeutung: wirtschaftlich, politisch, kulturell - und wohl schon bald auch militärisch.

„Zeitenwende“, „neue Weltordnung“, „Ende der US-Hegemonie“ und der „globalen Vorherrschaft der Weißen“ lauten einige Schlagwörter, die immer öfter zu hören und zu lesen sind.

Überlebt die alte rechtsbasierte Weltordnung?

Der Ukrainekrieg ist nicht nur ein „regionaler Konflikt“, er stellt die bisherige Weltordnung in Frage. Noch versuchen die Staaten der Erde ein geregeltes Zusammenleben aufrecht zu erhalten: auf der Basis der UN-Charta von 1945, einer Art „Verfassung“, zu der sich alle 193 Mitgliedsstaaten der UN offiziell bekennen. Sie sollte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs Kriege zwischen Staaten künftig verhindern und vor allem die Gefahr eines Atomkriegs mindern.

Zu den Regeln der UN-Charta gehört erstens die territoriale Integrität der bestehenden und international anerkannten Staaten, auch wenn die jeweiligen Grenzziehungen nicht selten

¹ Derzeit verblüffen die Leistungen des „ChatGPT“, einer KI, die Texte zu allen Themen, Gedichte, Essays, aber auch Grafiken, Bilder usw. in Sekundenschnelle erstellen kann. Entwickelt von dem US-Tech-Unternehmen OpenAI, deren Leiter Sam Altman meint: „Der technologische Fortschritt, den wir in den nächsten 100 Jahren machen, wird größer sein als alles, was wir seit der Erfindung des Rades und der Kontrolle des Feuers erreicht haben.“ (ZEIT 27.03.2023)

² <https://de.wikipedia.org/wiki/Weltbevölkerung>

auf fragwürdige Weise zustande kamen (z. B. durch Siegermächte am Ende von Kriegen oder durch die von früheren Kolonialmächten sehr willkürlich gezogenen Grenzen). Territoriale Konflikte und Grenzstreitigkeiten sollen zweitens friedlich auf dem Verhandlungswege oder durch Internationale Schiedsgerichte geregelt werden. Drittens dürfen militärische Interventionen nur mit Zustimmung der UN (Sicherheitsrat) und mit definierten legitimen Zielen - z. B. zur Selbstverteidigung oder zur Vermeidung von Genoziden - erfolgen. Das internationale Völkerrecht und die Menschenrechte definieren den Entscheidungs- und Handlungsrahmen.

Zugleich wird erwartet, dass die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung im Rahmen der sog. Globalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen die globale Staatengemeinschaft - trotz aller historischen und kulturellen Unterschiede - näher zusammenrücken lässt. Gemeinsame wirtschaftliche Interessen und geteilte Rechtsvorstellungen bilden den Kern dieser globalen Friedensordnung, der UN-Sicherheitsrat fungiert als Kontrollgremium.

Diese Weltordnung hat nach dem Zweiten Weltkrieg die seit Jahrhunderten üblichen ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten zumindest verringert. Allerdings fanden neben einzelnen zwischenstaatlichen Kriegen zahlreiche blutige Bürgerkriege und etliche militärische Interventionen statt (auch durch westliche Staaten), bei denen nicht selten die behauptete „Selbstverteidigung“, „Genozid-Verhinderung“ oder „Bekämpfung des Terrorismus“ nur Vorwand zu sein schienen, um auch andere Interessen gewaltsam durchzusetzen. Das trug gerade den westlichen Staaten immer wieder den Vorwurf der Doppelmoral ein.

Mit dem Ukrainekrieg droht die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geborene Idee und Konzeption einer rechtsbasierten Globalen Weltordnung zu scheitern. China, sonst vehementer Verfechter einer Politik der unverletzlichen Souveränität der Staaten, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Unverletzlichkeit staatlicher Grenzen, stellt sich relativ klar auf die Seite des Aggressors Russland, weil es ganz offensichtlich in den USA und im Westen den politisch-strategischen Haupttrivalen sieht. Der eklatante Verstoß Russlands gegen die UN-Charta, das Völkerrecht und die globale Friedensordnung sind aus dieser Perspektive zweitrangig. Ähnliches lässt sich für Indien konstatieren, das sich im „Ukrainekonflikt“ betont neutral verhält, ebenso wie die aufstrebenden Staaten Brasilien und Südafrika. Sie gehen auf Distanz zum Westen, vermutlich nicht nur in Erinnerung an die eigenen Kolonialgeschichte, sondern weil derzeit global die Karten nur gemischt werden.

Die UN-Abstimmungen im letzten Jahr, die den russischen Bruch des Völkerrechts verurteilen, zeigen: Noch scheint die globale Friedensordnung mehrheitlich akzeptiert. Aber erstaunlich viele Staaten enthalten sich, lehnen es also ab, eine neoimperialistische Großmacht (Russland) für den Versuch, einen Nachbarstaat zu besetzen und zu okkupieren, zu verurteilen.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass etliche Staaten die Grundregeln (Völkerrecht, Menschenrechte) nicht vollständig anerkennen, wenn sie den eigenen politischen Interessen entgegenstehen, das gilt u.a. für die islamische Welt und die Volksrepublik China, aber auch für andere Staaten des Globalen Südens. Es stimmt, die Regeln dieser Weltordnung wurden nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von den westlichen Siegermächten (USA, Großbritannien, Frankreich) entwickelt; aus der Perspektive des Globalen Südens sind das (ehemalige) Kolonialmächte mit imperialistischer Orientierung.

Dennoch sind die Regeln vernünftig, eine Alternative für ein friedenssicherndes Zusammenleben der vielen heterogenen Staaten und Kulturen vermag ich derzeit nicht zu erkennen. Was China und Russland genau meinen, wenn sie eine „neue Weltordnung“ fordern, bleibt unklar, klar ist nur, sie wollen die „Hegemonie der USA“ brechen.

Das Ende der US-Hegemonie - Die neue Weltordnung als Netzwerk

Der Politologe Herfried Münkler³ stellt fest, dass es derzeit keinen wirklichen, von allen anerkannten. „Hüter“ der globalen Friedensordnung gibt. Die Vereinten Nationen und der UN-Sicherheitsrat seien durch das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder (USA, UK, Frankreich, Russland, China) politisch nur eingeschränkt entscheidungsfähig, zudem unfähig oder unwillig, Entscheidungen oder Sanktionen auch durchzusetzen (z. B. im Fall von Nordkorea). Die USA haben lange versucht, eine Art „Weltpolizei“ zu spielen und dabei unübersehbar ihre eigenen militärischen und wirtschaftlichen Interessen bedient. Auch dadurch sind wichtige Grundlagen der Friedensordnung (Völkerrecht, Menschenrechte) zunehmend in Misskredit geraten: als Phrasen des Westens, die dessen eigentlichen Interessen verdecken würden.

Die Sowjetunion war lange ein Gegengewicht zu den USA im globalen Macht- und Einflusspoker. Nach 1991 blieben zunächst nur die USA als dominante Weltmacht übrig, aber das Zeitalter der US-Vorherrschaft scheint zu Ende zu gehen. Heute, so Münkler, entsteht nach dem Zerfall der Sowjetunion, dem partiellen Rückzug der USA von internationalen Konflikten („*America First*“) und dem rasanten wirtschaftlich-technologischen und militärischen Aufstieg Chinas eine neue globale Balance. Sie wird, so prognostiziert er, vermutlich aus fünf Mächten bestehen. (Fünf sind seiner Meinung nach wichtig für die Aufrechterhaltung und Stabilität der Balance.)

Er nennt - vermutlich unstrittig - **China und die USA** machtpolitisch auf einer Ebene. Dazu kämen als jeweilige „Juniorpartner“ **Russland** (mit über 50% der globalen Atomsprengköpfe) und die **Europäische Union** (EU), nicht als Militär-, aber als Wirtschaftsmacht, vorausgesetzt es gelänge der EU politisch handlungsfähiger zu werden und auch eine gewisse militärische Macht zu entwickeln. Das klingt nach der alten West-Ost-Blockbildung aus Zeiten des Kalten Krieges. Der Ukrainekrieg jedenfalls hat diese alte Blockbildung offenbar neu belebt: Die USA und Europa stehen gegen Russland und China. Demokratische gegen autoritär-diktatorische Systeme. West gegen Ost.⁴

Ein fünfter Global Player könnte das wirtschaftlich stark aufstrebende **Indien** werden, das wohl schon derzeit bevölkerungsreichste Land der Erde. Diese fünf Akteure würden, so Münkler, vermutlich jeweilige Einflusszonen aushandeln und abstecken - und wohl auch die Grundsätze und Regeln der künftigen globalen Friedensordnung definieren. Von ihnen hängen dann letztlich auch ganz entscheidend Maßnahmen zur Lösung der globalen Herausforderungen (Klimawandel, Artensterben, Seuchenschutz, Armut- und Hungerbekämpfung usw.) ab.

Alle anderen Staaten in Afrika und Lateinamerika, in der islamischen Welt, in Asien und Ozeanien könnten dann situativ entscheiden, mit welcher der Großmächte sie kooperieren. Wenn sie sich allerdings auch organisieren, könnten sie in etlichen Konflikten und

³ Herfried Münkler, „*Der Ukrainekrieg, seine Folgen für Europa und die globale Ordnung*“, Vortrag Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 5.10.2022

⁴ Japan, Südkorea, Kanada, Australien u.a. bleiben vermutlich weiterhin Juniorpartner der USA.

Problemen „das Zünglein an der Waage“ bilden. Schon jetzt wird deutlich, dass Staaten wie Brasilien, Südafrika oder Indonesien eine eigenständige Politik betreiben und sich keiner der Supermächte zuordnen, schon gar nicht ideologisch.

So meint die Journalistin Anna Sauerbrey, dass es keine globale Neubildung fester politischer und zugleich ideologischer Blöcke oder Einflusssphären geben werde, keine Welt, in der autoritär-diktatorische gegen demokratische Systeme stehen: *„Die Welt gleicht vielmehr einem Netzwerk, in dem manche Staaten loser, andere enger zusammenarbeiten und am Ende fast alle eng verwoben sind durch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeiten und Interessen. (...) Die Blöcke sind jetzt also Netze. Die Bedeutung der Wertegemeinschaft Nato und der echten Freundschaften zwischen westlichen Ländern bleibt groß - doch lupenreine Loyalitäten gibt's nicht. In der Netzwerk-Welt bedeutet internationale Politik Netzwerkmanagement - mit großem Respekt vor der Eigenständigkeit und Souveränität und den Interessen der jeweiligen Partner auch jenseits des eigenen geografischen uniideologischen Raums.“*⁵

Die künftigen Global Player

Kapitalismus allerorten

Blicken wir dennoch kurz auf die vermeintlichen künftigen fünf Hauptakteure der globalen Politik: Alle fünf sind Teil des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems, auch wenn sich China offiziell noch „kommunistisch“ nennt. Die Rechte und der Einfluss des Staates auf Unternehmen, Kapitaleigner, Investoren usw. sowie auf die Verteilung und Nutzung von Grund und Boden sind allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt, die Grundausrichtung der Wirtschaft auf den globalen kapitalistischen Finanz- und Warenmarkt ist aber letztlich identisch.

Zwei der Systeme, China und Russland, ließen sich als staatskapitalistisch bezeichnen, hier mischt sich die politische Führung stark in die Wirtschaftsabläufe ein bzw. übernimmt die Kontrolle der Konzerne. Der chinesische Staatskapitalismus hat auch aufgrund der chinesischen Tradition einige Besonderheiten. Grund und Boden sowie Produktionsanlagen waren in China nie rechtlich geschütztes Privateigentum im europäischen Sinn, sondern wurden vom Staat (früher Kaiser, heute KP) lediglich zur individuellen Nutzung bzw. Einzelnen für ihre Profitinteressen überlassen.⁶ Mit „Sozialismus“ oder gar „Kommunismus“, also mit echtem Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln (Grund und Boden, Kapital, technische Produktionsanlagen, Ressourcen usw.), mit klassenloser Gesellschaft und der Kontrolle der gesamten Produktion und Güterverteilung durch die

⁵ Anna Sauerbrey, „Freunde, angeblich“ DIE ZEIT 23.03.2023

⁶ Die Wirtschaftsanalytistin und China-Expertin Anne Stevenson-Yang skizziert das so: *„Historisch besass (in China) der Staat sämtliches Land, alle Ressourcen und Produktionsanlagen – und er vergibt das Recht, diese Reichtümer über eine begrenzte Zeit zu nutzen. In früheren Dynastien kam dieses Privileg den aristokratischen Familien zu, heute sind es die Parteieliten. (...)“*

<https://themarket.ch/meinung/chinas-mythos-des-privateigentums-ld.1402>

Aktuell (Dez. 2022) wird in Peking ein neues Eigentumsrecht verabschiedet, dass das Privateigentum offenbar besser schützt; *„Peking China wagt auch formal den Schritt in den Kapitalismus: Ein neues Eigentumsrecht soll erstmals in der Geschichte der kommunistischen Volksrepublik das Privateigentum gesetzlich schützen. Der Weg soll ausländische Investoren genauso anlocken wie die armen Bauern der Volksrepublik besänftigen.“* <https://www.handelsblatt.com/politik/international/neues-eigentumsrecht-in-china-abschied-von-marx-und-mao/2779802.html>

arbeitende Bevölkerung, hatte und hat das nichts zu tun. Ähnliches gilt auch für Russland. Auch hier fehlt eine rechtliche Absicherung des nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) offiziell zugelassenen Privateigentums, weshalb z. B. die sog. Oligarchen, die die ehemaligen Staatsbetriebe aufgekauft haben, ihre inzwischen angehäuften gigantischen Vermögen ins Ausland transferieren.⁷ In Putins Russland drohen bei politischem Fehlverhalten willkürliche Enteignungen und Inhaftierungen, ggf. auch Vergiftung und Ermordung.⁸

In den anderen drei Systemen (USA, EU, Indien) haben marktwirtschaftliche Kriterien einen größeren Einfluss. Keiner dieser fünf Akteure ist dabei, ein auf Gemeinschaftseigentum basierendes (sozialistisches) Wirtschaftsmodell zu entwickeln. Vereinzelt kleine und meist lokale Experimente von alternativen Lebensformen in selbstorganisierten Kollektiven, indigenen Dorfgemeinschaften, Communities, Sekten usw. blende ich hier aus, da sie i. d. R. gewollt insulär sind oder über kleinere Vernetzungen bislang nicht hinausgekommen sind.

Ich vermag jedenfalls unter den Staaten der Erde kein nicht-kapitalistisches Wirtschaftssystem zu erkennen. Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede in den Bereichen der politischen Organisation, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der individuellen Freiheitsrechte und anderer kultureller Werte.

Unterschiedliche Gesellschaftssysteme

Formal und vereinfacht gesehen, stehen sich drei eher demokratisch-liberale Systeme (USA, EU, Indien) und zwei autokratisch-illiberale Systeme (China, Russland) gegenüber. Etwas zugespitzt: ein *demokratisch-liberaler Kapitalismus* und ein *autokratisch-illiberaler Kapitalismus*. Wobei die Trennung sicher nicht absolut zu sehen ist.

Für die alte und neue antikapitalistische Linke ist das wohl eine durchaus herausfordernde Alternative. Varianten eines autokratisch-illiberalen Kapitalismus haben sich ganz offensichtlich in China und Russland etabliert, dummerweise beides Staaten, die aus einer sozialistischen Revolution hervorgegangen sind. Vom Sozialismus ist nicht viel geblieben.

Vorerst ein schneller Überblick:

In China (aktuell 1.400 Mio. Einwohner; für 2050 wird ein leichte Abnahme prognostiziert) herrscht uneingeschränkt eine Partielite (Kader der Kommunistischen Partei); ihr Vorsitzender, Xi Jinping, agiert seit 2011 wie ein absoluter Herrscher. China ist zweifellos

⁷ „Einer Studie der Wirtschaftswissenschaftler Filip Novokmet, Thomas Piketty, und Gabriel Zucman zufolge (*From Soviets to Oligarchs: Inequality and Property in Russia, 1905–2016*) beträgt das Offshore-Vermögen von Russen rund das Dreifache der offiziellen Nettoauslandsreserven und kommt dem Volumen nach dem Finanzvermögen aller Haushalte des Landes gleich. Mit anderen Worten: *Das Vermögen reicher Russen im Ausland ist so groß wie das der gesamten Bevölkerung innerhalb des Landes*. Von 2005 bis 2015 belief sich das Gesamtvermögen der russischen Milliardäre auf 25 bis 40 Prozent des Nationaleinkommens. Dieser Anteil ist viel höher als in westlichen Ländern. Für Russland trifft im besonderen Maße zu, dass die Reichen immer reicher werden, während ein Großteil der Bevölkerung verarmt.“ (zit. nach Leonid Newslin, „*20 Jahre Putin. Die Verwandlung Russlands in einen Mafiastaat*“, 25.03.2020, Zentrum Liberale Moderne)

⁸ Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel verweist mit Blick auf Russland auf die „*konstitutive Schwäche des Instituts des Privateigentums in einem Land, das der Selbstherrscher, der Autokrat, als sein Eigentum betrachtet und darüber entscheidet, wer darüber verfügen darf und wer nicht.*“ Revolution, Enteignung und Nationalisierung hätten die Entwicklung des „patrimonialen Staates“, der in allen Bereichen den Weisungen des Alleinherrschers folgt, nur auf die Spitze getrieben. (in: „*Wladimir Putin - Unvollendetes Porträt eines Großverbrechens des 21. Jahrhunderts*“, s.o., 2022)

eine Autokratie, die Diktatur eines Alleinherrschers und seiner Klientel. Das Regime hat jedwede oppositionelle Bewegung ausgeschaltet und ist dabei, einen totalen Überwachungsstaat zu installieren. Minderheiten wie Uiguren und Tibeter werden mit faschistischen Methoden (KZ-ähnliche Straflager, Zwangsarbeit, Folter, sexuelle Gewalt, Hinrichtungen) unterdrückt.⁹ Zudem hat China als revisionistische Macht (im Sinne Müncklers) erklärtermaßen die Absicht, Taiwan sowie die Inseln des südchinesischen Meeres u.a. ggf. militärisch ins Großchinesische Reich zu integrieren.¹⁰

Russland (145 Mio. Einwohner, Prognose 2050: 133 Mio.) lässt zwar noch Wahlen abhalten, hat aber in den letzten Jahren die regimekritische Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz u.a. weitgehend verboten bzw. ausgeschaltet.¹¹ Seit 2000 hält Wladimir Putin, ehemaliger KGB-Mitarbeiter, die Macht in den Händen. Die politische Elite, die sog. Silowiki¹², besteht aus ehemaligen Geheimdienst-, Militär- und Milizführern. Auch Russland ist inzwischen eine Autokratie, zudem, wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, eine revisionistische Macht, die vermutlich versuchen wird, neben der Ukraine auch andere Territorien (Moldau, Belarus, Georgien, das Baltikum) u.a. in ein Großrussisches Reich zu integrieren.¹³

Das Dilemma für eher wohlwollend auf diese ehemaligen Hoffnungsträger (?) einer marxistisch-kommunistischen Alternative blickenden Linken ist, dass beide Staaten heute eigentlich als tendenziell faschistisch bezeichnet werden können oder sogar müssen: Sie streben ein autoritär regiertes völkisches (!) Großreich auf Basis einer Ethnie (Han-Chinesen bzw. Russen) an, die historisch und kulturell als überlegen imaginiert wird und daher vermeintlich zurecht einen besonderen Machtanspruch reklamieren kann.¹⁴

Die drei anderen globalen Mächte sind (tendenziell) liberal-demokratisch und deutlich stärker marktwirtschaftlich ausgerichtet, wenngleich auch nicht frei von imperialen Ansprüchen (wirtschaftlich bzw. politisch- militärisch).

⁹ Der im September 2022 veröffentlichte Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte bestätigt glaubhafte Hinweise auf schwere Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Xinjiang..

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/china-xinjiang-un-bericht-hinweise-auf-verbrehen-gegen-die-menschlichkeit-uiguren>

¹⁰ Ob China künftig auch [Gebietsansprüche an Russland](#) formuliert, bleibt abzuwarten; offiziell hat China auf das russische Amurgebiet und Wladiwostok verzichtet, große Territorien, die nach dem 2. Opiumkrieg (1856-1860) im Rahmen „ungleicher Verträge“ an das zaristische Russland abgetreten werden mussten.

¹¹ Vgl. Leonid Newslin, „20 Jahre Putin: Die Verwandlung Russlands in einen Mafiastaat“, 25.03.2020, <https://russlandverstehen.eu/de/nevzlin-20-jahre-putin-die-verwandlung-russlands-in-einen-mafiastaat/>

¹² <https://de.wikipedia.org/wiki/Silowiki>

¹³ Neuerdings (Ende März 2023) wird im russischen Staatsfernsehen (kontrovers) diskutiert, ob man nicht auch das „Brudervolk“ der Finnen „befreien“ müsse; Finnland sei immerhin (bis 1917) ehemaliges russisches Territorium, also Teil des russischen Reiches gewesen.

¹⁴ „Faschistisch“ ist sicher ein vor allem im Westen kursierender, nicht klar definierte Kampf- und Protestbegriff: Er meint neben dem völkisch-nationalen Großmachtstreben u.a. auch die massive Einschränkung individueller Freiheits- und Partizipationsrechte, die Gleichschaltung von Justiz, Presse, Kultur- und Bildungssystem. die Unterdrückung von politischer Opposition und von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten sowie die strikte Ablehnung der Zuwanderung „fremder“ Migranten.

Die USA (330 Mio. Einwohner; Prognose 2050: 380 Mio.) stehen - als derzeit führende Militär- und Wirtschaftsmacht - geradezu exemplarisch für ein marktwirtschaftlich-kapitalistisches Gesellschaftssystem, mit deutlicher Skepsis gegenüber sozialstaatlichen oder ökologischen Interventionen und Regelungen. Der Staat hat in Vergangenheit allerdings immer wieder Wirtschafts- bzw. Kapitalinteressen im Ausland militärisch und durch diplomatischen Druck durchgesetzt. Als Mitbegründer der modernen Demokratie sind die USA formal sicher ein liberal-demokratisches Land (freie Wahlen, Meinungs- und Pressefreiheit usw.); es gibt inzwischen aber deutliche Tendenzen demokratische Grundregeln auszuhöhlen (vgl. Trumpismus).

Die politischen Eliten stammen zum großen Teil aus den reichen und superreichen Familien. Als führende Weltmacht der letzten Jahrzehnte haben die USA aber nicht nur Demokratiebewegungen, sondern immer wieder auch diktatorische Regimes bei der Niederschlagung von Aufständen oder im Kampf gegen Befreiungsbewegungen unterstützt; sie haben aktiv (und bei Bedarf auch ohne UN-Mandat) militärisch in anderen Ländern interveniert. (z. B. Irak 2003) Diese oft als imperialistisch etikettierte Außenpolitik in Verbindung mit massivem Rassismus im Innern (vgl. „Black Lives Matter“-Bewegung) haben die Glaubwürdigkeit der sog. „westlichen Werte“ in weiten Teilen der Welt schwer erschüttert. Dennoch stehen die USA noch immer für einen Kapitalismus, der sich an liberal-demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien und an den Grundsätzen der Menschenrechte orientiert, zumindest vom Anspruch her.

Die Europäische Union (EU) (446 Mio. Einwohner, Prognose 2050: 441 Mio.) wiederum ist eine Verbund von 27 europäischen Staaten, in denen demokratische Verfassungen bestehen, die individuelle Freiheits- und Partizipationsrechte garantieren. Allerdings gibt es in einigen Staaten zunehmend anti-liberale und zugleich nationalistische, EU-kritische Tendenzen. Die politische Handlungsfähigkeit ist (u.a. durch das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Entscheidungen) begrenzt, die militärische eher gering. Technologisch und ökonomisch aber ist die EU nach wie vor eine Großmacht, die ihre Interessen auch durchzusetzen versteht. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist im globalen Vergleich hoch, auch wenn relative Armut durchaus noch verbreitet ist.

Sowohl Europa (EU plus United Kingdom), als auch die USA (plus Kanada) sind die Hauptziele von Millionen Migranten aus den Ländern des Globalen Südens, die ihre Heimat verlassen in der Hoffnung auf Arbeit, etwas Wohlstand und ein besseres Leben in Freiheit.

Indien (1.400 Mio. Einwohner; Prognose 2050: 1.600 Mio.) ist ein multinationaler und multireligiöser Staat, der oft als bevölkerungsreichste Demokratie gefeiert wird. Derzeit findet ein rasanter technologischer und ökonomischer Aufschwung statt, gleichzeitig leben große Teile der Bevölkerung in großer Armut. Auch in Indien nehmen illiberale und autokratische Tendenzen zu; derzeit gewinnt ein nationalistischer Hinduismus immer mehr an Einfluss. Zu kritisieren sind u.a. die Lebensrealität und der Rechtsstatus der religiösen Minderheiten, der Frauen, der Dalits (sog. „Unberührbare“) und der indigenen Adivasi.

Das könnten die künftigen Global Player sein. Vielleicht muss man Japan (125 Mio. Einwohner; Prognose 2050: 103 Mio.) als wirtschaftliche Großmacht dazurechnen, die seit kurzem auch militärisch aufrüstet. Auch andere Staaten des Globalen Südens könnten demnächst dazukommen, zumindest in die „zweite Liga“ aufstiegen, wenn es ihnen gelingt, auf der Basis einer rasch wachsenden, also durchschnittlich sehr jungen Bevölkerung, auch

ihre wirtschaftlichen Potenziale zu entfalten.¹⁵ So oder so: Die überwältigende Mehrheit der Menschen wird 2050 in Asien und Afrika leben (7,8 Mrd. von 9,8 Mrd.). Allein das wird die Weltordnung verändern.

Die oben genannten fünf Global Player sind jedenfalls keineswegs vor einem politischen und ökonomischen „Abstieg“ gefeit. Russland verliert derzeit demographisch und ggf. auch technologisch den Anschluss, die EU könnte durch interne Konflikte in schwere Krisen geraten, ebenso die USA, die manche Politanalysten schon kurz vor einem Bürgerkrieg sehen. China wird vermutlich innerhalb der nächsten Jahre versuchen, Taiwan (militärisch) zu okkupieren, was eine globale Krise, im schlimmsten Fall einen Atomkrieg auslösen könnte.

Keiner kann wissen, wie die Welt in zehn, dreißig oder fünfzig Jahren aussehen wird, welche Auswirkungen der Klimawandel (die international vereinbarten Klimaziele werden mit hoher Wahrscheinlichkeit bis 2050 nicht erreicht werden) und der globale Verlust Biodiversität (Artensterben) haben wird. Wir wissen auch nicht, ob und wie sich die rasante Aufstieg Künstlicher Intelligenz auf die Lebensverhältnisse der Menschen und auf ihre Fähigkeiten, Probleme und Konflikte zu lösen, auswirken wird. Und ob es gelingt, eine atomare Katastrophe zu verhindern. Gefragt sind Verständigung, Kooperation und Vernunft, aber gerade die Vernunft, besser die Rationalität, ein zentrales Element „westlichen Denkens“, gerät durch unkontrollierte KI-Anwendungen in ungeahnte Gefahr: Was ist, wenn niemand mehr in der digitalen Welt Realität und Fiktion, Wahrheit und Täuschung (fake) auseinanderhalten kann?

Die Zukunft: Plutokratischer oder sozialer Kapitalismus

„Verdrängen“ wir mal kurz die durchaus realistischen „Worst-Case“-Szenarien und blicken auf den Kapitalismus, also jenes globale Wirtschaftsmodell, das gigantische Reichtümer und enormen Wohlstand produziert, aber auch extreme Ungleichheiten, Elend und Zerstörungen hervorgebracht hat.

Die derzeitige Lage und Zukunft des Kapitalismus skizziert der amerikanische Ökonom Branko Milanovic¹⁶ in etwa so: Der Kapitalismus, in dem durch „individuelles“¹⁷ Gewinnstreben (Maximierung des Kapitaleinsatzes) wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand generiert werden soll (zunächst allerdings vor allem nur für einen kleinen Teil der Menschheit), hat sich nicht nur als sehr effizient, sondern auch als dynamisch und anpassungsfähig erwiesen; er kann sich ganz offensichtlich auch unter sehr unterschiedlichen politischen und kulturellen Rahmenbedingungen entfalten und entwickeln. Gegentrends zur kapitalistischen Wirtschaftssystem, die über lokale Experimente oder Relikte traditioneller Lebensweisen hinausgehen, zeichnen sich derzeit

¹⁵ Kandidaten sind **Brasilien** (215 Mio./230 Mio.), **Indonesien** (275 Mio./330 Mio.), **Pakistan** (235 Mio./ 338 Mio.), **Ägypten** (103 Mio./160 Mio.), **Nigeria** (218 Mio./400 Mio.), **Dem. Rep. Kongo** (99 Mio./194 Mio.), **Äthiopien** (123 Mio./205 Mio.), **Südafrika** (60 Mio./74 Mio.) u.a. In Klammern stehen die aktuellen (2022) und die für 2050 prognostizierten Einwohnerzahlen. (Vgl. <https://www.nzz.ch/international/demografischer-wandel-7-prognosen-zur-weltbevoelkerung-2050-ld.1626318>)

¹⁶ „Ökonom Milanovic im Interview: Kapitalismus werde in Zukunft noch bedeutender“, in FR 18.11.2020, Interview mit Michael Hesse. Ich habe die Aussagen des Interviews teilweise ergänzt.

¹⁷ „Individuell“ kann sich heute auch auf einzelne Konzerne, Kapitalgesellschaften usw. beziehen.

nicht ab. Der Kapitalismus werde, so Milanovic, in Zukunft eher noch bedeutender, also das Leben der Menschen global in immer umfassenderer Weise bestimmen.

So repräsentieren die beiden führenden Weltmächte, die USA und China, zwar unterschiedliche gesellschaftliche Systeme mit unterschiedlichen Ideologien und Wertsystemen, in beiden floriert aber das „System Kapitalismus“: in China als ein „politischer Kapitalismus“, gesteuert von der politischen Elite (den Kadern der KP China), in den USA als ein „liberaler Kapitalismus“, in dem primär die Marktkräfte den Wirtschaftsablauf bestimmen.

Derzeit sieht Milanovic eine strukturelle Angleichung beider Systeme: Im offen, ja demonstrativ nicht-demokratischen **China** werden politische Macht und Einfluss immer mehr genutzt, um ökonomische Macht und damit Reichtum zu gewinnen. Die politischen Kader und ihre Familien sichern sich zunehmend auch die lukrativen Posten im Wirtschaftssystem. Die Masse der Bürgerinnen und Bürger wird durch repressive Überwachung und Sanktionen sowie durch Konsumangebote und wachsenden Wohlstand entpolitisiert; die erfolgreichen Geschäftsleute und ihre global agierenden Firmen werden immer massiver politischer Kontrolle unterzogen. Die ökonomische Macht dient nach innen wie nach außen zur Festigung des politischen Systems und sichert die von der politischen Elite (Kommunistische Partei) verfolgten Ziele.¹⁸

Das Umgekehrte findet in den **USA** statt: Hier wird ökonomische Macht und das damit verbundenen Privatvermögen¹⁹ genutzt, um politische Macht zu erlangen. Alle zur Wahl stehenden Ämter und Posten werden letztlich über die private Mobilisierung von extrem teuren Wahlkampagnen besetzt. So entsteht ein zunehmend plutokratisches System, in dem die untereinander gut vernetzten Reichen und ihre Familien die wichtigen politischen Ämter besetzen.

In beiden politisch so unterschiedlichen Systeme, den USA und China, entwickelt sich also ein „**plutokratischer Kapitalismus**“, in dem wenige Familien die politische Macht und den Reichtum teilen bzw. sich gegeneinander durch Wahlen, neue Bündnisse bzw. Intrigen auszubooten versuchen. Diese Machtelite lebt weitgehend abgegrenzt (und gut geschützt) von der übrigen Bevölkerung: Die Eliten heiraten untereinander und eröffnen zugleich ihren Kindern beste Karrierechancen durch Besuch von teuren Eliteschulen und -universitäten und durch beste Kontakte zu anderen einflussreichen Familien „Das

¹⁸ Das „Sozialismus“ oder gar „Kommunismus“ zu nennen, ist allerdings ein schlechter Witz, wenngleich die KP-Elite sagen würde, dass sie das alles zum Wohle des chinesischen Volkes tun würde: für dessen Sicherheit, Wohlstand und für den ihm gebührenden internationalen Respekt.

¹⁹ Milanovic betont, dass zur US-amerikanischen Elite heute viele „hart arbeitende“ Menschen gehören. Zumindest stamme ihr Reichtum nicht allein aus Kapitalvermögen, sondern auch aus hohem Arbeitseinkommen.

bedeutet, diese Elite ist extrem effizient darin, ihre Macht zu festigen und über Generationen weiterzugeben.“²⁰

Die Alternative zum plutokratischen Kapitalismus wäre ein „**sozialer Kapitalismus**“ - andere Alternativen sieht Milanovic derzeit nicht. Im sozialen Kapitalismus würde der Staat durch bestimmte Rahmenbedingungen für einen sozialen Ausgleich sorgen und vor allem die zunehmende Konzentration von Vermögen in den Händen Weniger stoppen und begrenzen.²¹ Instrumente wären z. B. eine stärkere Besteuerung (Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuern u.a.) der Reichen und Superreichen sowie entsprechende Entlastungen für mittlere und untere Einkommen (z. B. Steuererleichterungen, Zugang zu Finanz- und Immobilienvermögen). Besonders wirkungsvolle Schritte wären eine weitgehend kostenlose Bereitstellung von Angeboten zur Grundversorgung für alle, zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs-, Mobilitäts-, Energie-, Wohn- und Ernährungsbereich. Im Übrigen müsste die Vergabe politischer Ämter durch staatliche Regelungen (öffentliche Finanzierung des Wahlkampfes) entkoppelt werden vom Reichtum der Bewerberinnen und Bewerber.

Die ökologische Dimension ist dabei noch gar nicht angesprochen: Längst geht es vor allem auch darum, ob und wie das kapitalistische System die mit seiner Wachstumsstrategie verbundenen ökologischen Schäden minimieren und durch eine Transformations- und Nachhaltigkeitsstrategie eine weitere Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen verhindern kann.

Es ist offensichtlich, dass die Entwicklung zu einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Kapitalismus ein schwieriger und politisch hoch umstrittener Prozess ist, der in Europa (EU) derzeit m. E. zwar weiter fortgeschritten ist als in den USA, sich aber bisher keineswegs gegenüber den plutokratischen Tendenzen durchgesetzt hat.

So klafft auch in Deutschland die Schere zwischen arm und reich in der Einkommens- und Vermögensverteilung seit einigen Jahrzehnten immer weiter auseinander. In den meisten EU-Staaten organisieren die Reichen und Superreichen ihren politischen Einfluss allerdings weniger direkt durch Übernahme politischer Ämter als vielmehr über politischen Lobbyismus, also eine indirekte, nicht selten wenig transparente, gezielte Einflussnahme auf die Gesetzgebung der Staaten bzw. der EU.

²⁰ Der bekannte Historiker Yuval N. Harari sieht die Gefahr, dass im Zuge der technologischen Entwicklung (Einsatz Künstlicher Intelligenz, Biotechnologie) zum einen immer mehr Menschen „abgehängt“, arbeitslos, nutzlos, bedeutungslos würden, während sich zum anderen der wohlhabende Teil der Menschheit zunehmend sowohl körperlich als auch geistig biotechnologisch optimieren könne. Soziale und ökonomische Ungleichheit werde sich also viel stärker noch als heute schon in den Bereichen Lebenserwartung, Gesundheit, Intelligenz, Kreativität, Fitness ausdrücken. *„Die beiden Prozesse – Biotechnologie gekoppelt mit dem Aufstieg künstlicher Intelligenz – könnten deshalb im Zusammenspiel dazu führen, dass sich die Menschheit in eine kleine Klasse von Übermenschen und eine riesige Unterschicht nutzloser Homo sapiens aufspaltet.“* (Y.N. Harari, *21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*, S. 212 ff., 2018)

²¹ Milanovic plädiert für eine staatliche Umverteilung der Vermögen im Interesse der mittleren und unteren Einkommensgruppen. *„Man braucht nur Geld“*, um nach und nach einen sozialen Kapitalismus zu entwickeln.

In **Russland** wiederum festigt sich in den letzten Jahren das System „Silowiki“²² in dem (ehemalige) Geheimdienstler, Militärs und Milizenführer zentrale Positionen in Staat und Wirtschaft übernehmen. *„Während die russischen Eliten im Westen Häuser kaufen können, ihre Kinder dorthin auf teure Schulen und Universitäten schicken und dort ihre Ferien verbringen, sei es für einfache Bürger ohne Kontakte und mit wenig Geld nahezu unmöglich gewesen, ein Reisevisum zu bekommen.“* So der Ex-Soldat Pawel Filatjew, der den russischen Eliten *„eine habituell Verachtung für das eigene Volk vorwirft.“*²³

Kurz, in mindestens drei der vier bis fünf künftigen globalen Machtzentren, USA, China, Russland, zeichnet sich ein plutokratischer Kapitalismus ab, in Europa (EU) und Indien ist die Entwicklung m. E. noch offen.

Technologische statt soziale Revolution

Was heißt das für eine politische Orientierung, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für Freiheit und Gerechtigkeit, für Emanzipation und Gemeinsinn einsetzt? Ist der politische Kampf gegen das sog. Grundübel, also der Kampf gegen das kapitalistische System überhaupt noch zeitgemäß? Ich fürchte, die Kämpfe und Parolen von gestern sind heute weitgehend überholt und lächerlich, allenfalls in Einzelkonflikten noch angemessen: z. B., wenn es um die Ausbeutung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern, um die Vertreibung von indigenen Dorfgemeinschaften zugunsten der Profitinteressen von Konzernen, um illegale Waldrodungen, Giftmüllablagerungen usw. geht. Solche Konflikte sind weltweit gesehen allerdings dramatisch häufig, insbesondere auch in den Ländern des Globalen Südens. Aber sie stellen nicht mehr die Grundsatzfrage „Sozialismus oder Kapitalismus“, sondern die nach Rechtssicherheit, Korruptionsbekämpfung und demokratischer Partizipation und Kontrolle.

Der Kapitalismus als globales Wirtschaftssystem, das auf den Profitinteressen einzelner Konzerne bzw. Kapitaleigner basiert, wird jedenfalls nicht durch eine *revolutionäre soziale Bewegung* verändert oder abgeschafft. Das sind Träume oder Illusionen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. Sie waren zuletzt mit den antikolonialistischen Befreiungsbewegungen verknüpft (vgl. Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, 1961). Ein neues Wirtschafts- und Finanzmodell haben diese Bewegungen ganz offensichtlich nicht hervorgebracht. Aber eine andere Entwicklung, sozusagen eine *technologische Bewegung*, wird die gesamten Wirtschaftsabläufe und Arbeitsstrukturen tiefgreifend verändern und vielleicht auch den Kapitalismus überwinden: der Einsatz Künstlicher Intelligenz (artificial intelligence, kurz AI). Noch ist diese Bewegung zu jung, sind die Zusammenhänge zu komplex, um den bevorstehenden Transformationsprozess genauer beschreiben und einschätzen zu können. Aber das wird sich schnell ändern.

²² <https://de.wikipedia.org/wiki/Silowiki>: „.....abgeleitet vom russ. Wort für „Kraft“ bzw. „Stärke“; hier bezogen auf „bewaffnete Kräfte/Organe“) ist im russischen Sprachgebrauch die Bezeichnung für Vertreter der Geheimdienste und des Militärs, die in den Regierungen unter Boris Jelzin und vor allem Wladimir Putin zu bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Positionen kamen. Die Silowiki bevorzugen großrussische konservative Ansichten und sympathisieren mit der autokratischen slawophilen Tradition, die auf die Regierungszeit des Zaren Alexander III. zurückgeht. In der Umsetzung ihrer Ziele gelten die Silowiki als pragmatische Realisten.“

²³ Vgl. Stefanie Flamm, *„Ein Krieger klagt an“*, DIE ZEIT, 01.12.2022. Flatow kritisiert auch den Westen und schlägt Einreiseverbote für alle Mitglieder der russischen Elite und des Staatsapparats vor und Reisevisa für alle russischen Bürger, die noch nie im Westen waren.

Ein Vergleich der Systeme

Wenn wir die Gesellschaftssysteme der künftigen Global Player vergleichen wollen, müssen wir uns über zentrale gesellschaftliche Werte verständigen. Wie wollen wir leben? Was ist uns wichtig für das gesellschaftliche Zusammenleben, für die Zukunft unserer Kinder und Enkel?

Dabei sollte m.E. auch ein Blick auf die Ziele der sozialen und revolutionären Bewegungen der letzten zwei Jahrhunderte geworfen werden, da sich darin drastische negative Lebenserfahrungen (Leid, Unterdrückung, Elend), aber auch soziale Forderungen, Wünsche und Hoffnungen auf Veränderungen sowie (ggf. utopische?) positive Gesellschaftsentwürfe widerspiegeln. Eine solche Analyse kann ich hier selbstverständlich nicht leisten. Ich kann nur einige Anhaltspunkte benennen, die mir selbst wichtig sind (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Was sollten Staat und Gesellschaft leisten bzw. bereitstellen?

Positive Kriterien für einen Systemvergleich wären m. E.:

1. Weit reichende Individuelle und soziale Freiheitsrechte (Meinungs- und Versammlungsfreiheit, selbstbestimmte Lebensgestaltung u.a.)
2. Staatlicher Schutz aller (auch der Minderheiten) vor Gewalt und Diskriminierung
3. Weit reichende Möglichkeiten der politische Mitgestaltung des Zusammenlebens
4. Sozial gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums (Beseitigung von Armut)
5. Umfassende Rechtssicherheit
6. Engagement für internationale Solidarität und ökologische Zukunftssicherung
7. Gerechte Welthandelsbeziehungen
8. Einsatz für den Schutz indigener Minderheiten und der Rechte ländlicher Communities (Dorfgemeinschaften) auch in anderen Regionen der Erde.
9. Entwicklung und Einsatz technologischer Innovationen (Künstliche Intelligenz, Biotechnologie u.a.) im Interesse von Mensch und Umwelt
10. Bemühen um internationale Verständigung und Kooperation, Verzicht auf gewaltsame Konfliktregelungen.

Ich kann und will hier keinen ausführlichen Systemvergleich leisten, meine aber, dass die EU bei aller Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit insgesamt vermutlich am besten abschneiden würde. Sicher muss man, wenn man die Kriterien im Großen und Ganzen akzeptiert, sie noch einmal differenzierter darstellen. Und selbstverständlich lassen sich auch in Europa viele Bereiche identifizieren, wo noch große Defizite und Ungerechtigkeiten bestehen. Dennoch: Die Potenziale für einen sozial und ökologisch reformierten Kapitalismus scheinen mir hier am größten zu sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ob sie sich umsetzen lassen, bleibt offen. Ein politisches Ziel (auch für ehemals „Linke“), wäre das allemal.

Klar scheint mir aber auch, dass die autokratischen Systeme (China, Russland) in nahezu allen Punkten schlecht bis katastrophal abschneiden. Die Herrschenden dort würden vermutlich andere Kriterien wählen. Sie würden vermutlich die Entscheidungskraft und Handlungsfähigkeit des Staates hervorheben, die Bedeutung nationaler bzw. traditionellen Werte betonen, also den Stellenwert von Familie, Religion und kulturellen Traditionen, Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, Nationalstolz und Vaterlandsliebe. Die rigide

Aufrechterhaltung und Kontrolle der öffentlichen Ordnung hätte hier Vorrang gegenüber individuellen Freiheiten, die strikte Verhinderung unregelmäßiger Zuwanderung Vorrang gegenüber humanitärer Hilfe, usw. Nicht, dass solche Orientierungen nicht legitim wären - als Teilaspekt eines umfassenden und pluralistischen Gesellschaftskonzepts, das Meinungsvielfalt garantiert, aber in autoritären Staaten bilden sie ein alternativloses Gesamtpaket an Forderungen und Erwartungen.

Der Systemkonflikt als Kulturkampf?

Interessanter Weise inszenieren sich die ehemals revolutionären (vorgeblich kommunistischen) Systeme Russland und China gegenüber dem Westen als Hüter von kultureller Tradition. Putins Russland propagiert sich als letzten Bewahrer des Christentums und seiner traditionellen Werte, das China Xi Jinpings hat den Konfuzianismus und seine klassischen Tugend- und Pflichtenlehren wiederbelebt. Die Systemrivalität Sozialismus versus Kapitalismus des 20. Jahrhunderts wird nun in einen Kulturkampf umgedeutet. Der Westen wird als zügellos-individualistisch, unmoralisch, dekadent, letztlich als zum Untergang verurteiltes System dargestellt. Dagegen würden China und Russland Ordnung und Moral repräsentieren und das je eigene kulturelle Erbe hochhalten. Das soll Sympathien bei eher religiös, konservativ bzw. traditionsbewusst eingestellten Staaten und Bevölkerungsgruppen sichern, etwa in der islamischen Welt oder in Afrika, aber auch im Westen.

Die freiheitliche und pluralistische (!) Kultur des Westens erscheint in diesem vermeintlichen Kulturkampf als Zerrbild, verengt auf wenige Teilaspekte des kulturellen Lebens. Glaubt man der russischen Propaganda, herrschen im Westen Homosexuelle und Lesben, werden Heranwachsende gedrängt, ihre sexuelle Identität zu ändern, werden Religion, Volk und Nation, traditionelle Familienstrukturen verächtlich gemacht - nicht durch Einzelne, sondern staatlich propagiert und als Massenphänomen. Das Argument, im Westen würden individuelle Genuss- und Verschwendungssucht herrschen, greift Reste einer antikapitalistischen Orientierung auf, wenngleich moralisch und nicht systematisch gewendet.

Differenzen, die im Westen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und kulturellen Milieus bestehen, werden ideologisch zu einem west-östlichen Kulturkampf aufgeblasen. Nein, China und Russland sind moralisch alles Andere als gute Vorbilder. Im Gegenteil. Der zentrale Konflikt der Systeme geht um den Stellenwert individueller Freiheit und um Rechtsstaatlichkeit. Es könnte sein, dass der Westen hier bald allein dastehen wird, denn die Staaten des Globale Südens, nicht nur die islamischen, katholischen, hinduistischen und buddhistischen Staaten, zeigen nur wenig Sympathie für solche „individualistischen“ Konzepte. Andererseits: Gerade im Globalen Süden ist das Ideal der Freiheit tief verankert in der eigenen Geschichte antikolonialer Befreiung und anti-rassistischer Kämpfe (vgl. die Massenbewegungen für Frauenrechte, Freiheit und Demokratie in Sudan, Iran u.a.). Diese ideologische Auseinandersetzung sollte der Westen führen, selbstbewusst und entschieden. Dazu gehört auch die Unterstützung des Freiheitskampfes der Ukraine.